

Christoph Kleßmann

Konflikte um Außenpolitik und Wiederaufrüstung

Die westdeutsche Außenpolitik in der Phase bis zum Abschluß der Westintegration gehört zu den umstrittensten, aber auch am gründlichsten aufgearbeiteten Themen bundesrepublikanischer Geschichte. Beides dürfte damit zusammenhängen, daß in dieser formativen Phase Grundsatzentscheidungen realisiert wurden, die weit über die rein außenpolitische Dimension hinausgingen und die innenpolitische Entwicklung nachhaltig prägten. Ein Spezifikum dieser frühen Phase ist außerdem der hohe Grad der Personalisierung außenpolitischer Konzeptionen und Entscheidungen. "Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie" vollzog sich in einer in vieler Hinsicht einmaligen Konstellation, in der Deutschland noch kein voll handlungsfähiges Subjekt war, in der demokratische Institutionen erst wieder seit kurzer Zeit existierten und in der ein großer Teil der deutschen Bevölkerung verschreckt, entnazifiziert, entpolitisiert und anfällig für autoritären Führungsstil war. In einer solchen Situation konnte ein Politiker wie Adenauer mit einem einfach strukturierten, dichotomischen Weltbild, das aber der weltpolitischen Konstellation seit 1947 immer mehr entsprach, mit einer gewissen Monopolstellung gegenüber den Alliierten und mit einem hohen Maß an Selbstbewußtsein, Durchsetzungsvermögen und taktischem Geschick zur bestimmenden Figur deutscher Außenpolitik werden.

Daß Adenauer eben nicht in Weimar, sondern erst in der Bundesrepublik Karriere machte, zeigt, wie gründlich sich die Konstellationen verändern mußten, bevor er mit einem politischen Grundkonzept, dessen Hauptelemente erstaunlich konstant geblieben waren, zum Zuge kam. Adenauer war einer der ersten, die schon 1945 von einer künftigen Teilung Europas und Deutschlands ausgingen. Mit dieser Beurteilung stand er 1945 unter deutschen Politikern ziemlich allein da. 1950 dagegen besaß er damit genau das Konzept, mit dem er außen- und innenpolitisch die stärkeren Bataillone auf seiner Seite.

Auch für Adenauers härtesten Gegenspieler, Kurt Schumacher, läßt sich ein außergewöhnliches Maß an Personalisierung in der Ausrichtung und Durchsetzung der politischen Marschrichtung der SPD konstatieren, war er doch sehr schnell nach 1945 - und viel früher als Adenauer - zur absolut dominierenden Führungsfigur der SPD geworden.

In erlaubter Vereinfachung lassen sich daher die entgegengesetzten politischen Positionen und Kontroversen um die beiden Hauptkontrahenten Adenauer und Schumacher zentrieren. Beide unterschieden sich nicht in ihrem Antikommunismus, auch nicht in ihrer prinzipiellen Option für Westeuropa, obwohl die Ansichten über die gesellschaftspolitische Struktur Westeuropas konträr zueinander standen. Beide standen aber im Gegensatz zu Jakob Kaisers Vorstellungen von Deutschland als Brücke zwischen Ost und West. Selbst in der Wiederaufrüstungsfrage waren die Gegensätze nicht so prinzipiell, wie es aufgrund der harten Polemiken scheinen mag. Neben den fundamentalen gesellschaftspolitischen Unterschieden lag die Hauptdifferenz in der Beurteilung der konkreten Möglichkeiten deutscher Politik. Schumacher war von einem Nationalismus geprägt, der ihn in scharfen Gegensatz zu Adenauer brachte. Besson hat den Kern der unterschiedlichen und gleichwohl nahe beieinanderliegenden außenpolitischen Zielvorstellungen Adenauers und Schumachers mit der prägnanten Formel wiedergegeben: Adenauer wollte einen Weststaat mit "westeuropäischem Vorbehalt" (d. h. die volle Integration), Schumacher wollte den Weststaat mit "gesamtdeutschem Vorbehalt" d. h. jeder Schritt auf dem Wege zur Westintegration wurde primär unter dem Aspekt seiner

| | | |
|--|-------------------------|---|
| <i>Bundeszentrale für politische Bildung</i> | <i>DeutschlandRadio</i> | <i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i> |
|--|-------------------------|---|

gesamtdeutschen Rückwirkungen beurteilt. Vor diesem Hintergrund lassen sich die scharfen Konflikte erklären, die im Vollzug der einzelnen Etappen der Außenpolitik das politische Klima und die öffentliche Meinung bestimmten.

1. Das *Petersberger Abkommen* vom November 1949, das ein Ende der Demontagen in Aussicht stellte und den Beitritt der Bundesrepublik zum Ruhr Statut vorsah, war praktisch ohne Beteiligung der Parteien und des Bundestages zustande gekommen. Schumacher sah im Beitritt der Bundesrepublik einen Verrat an deutschen Interessen, weil ihr damit die Verfügungsgewalt über die Ruhr entzogen würde. Er sah darin zugleich eine Taktik Adenauers zur Verhinderung der Sozialisierung der Schwerindustrie. In der parlamentarischen Debatte um das Petersberger Abkommen fiel dann der wohl berühmteste Zwischenruf in der Geschichte des Bundestages, der bitterböse Angriff auf Adenauer als "Kanzler der Alliierten", der Schumachers Ausschluß von den Sitzungen für 20 Tage zur Folge hatte. Dies war im übrigen kein Einzelfall, vielmehr spiegelte sich die Heftigkeit der politischen Auseinandersetzungen im Stil des ersten Bundestages insgesamt: Mit 150 Ordnungsrufen und Rügen, 35 Wortentziehungen, 17 Sitzungsausschlüssen und 43 Aufhebungen der Immunität stellte er einen Rekord in der westdeutschen Parlamentsgeschichte auf.

2. Auch in der *Saar-Frage* prallten die Gegensätze aufeinander. Diese war für Adenauer ein Problem mit viel nationalem Zündstoff, der die angestrebte Verständigung mit Frankreich in Frage stellen konnte. Eben diesen Zündstoff wollte er auf dem Wege der Europäisierung der Saar beseitigen, um durch partiellen nationalen Verzicht das übergeordnete Ziel nicht zu gefährden. Hätte Adenauer hier ähnliche Bedingungen gestellt, wie sie gegenüber der Sowjetunion im Hinblick auf die DDR zum Grundbestand seiner Ostpolitik gehörten (freie Wahlen, Optionsfreiheit eines vereinigten Deutschland), so wäre mit hoher Wahrscheinlichkeit die Lösung des Saarproblems kaum einen Schritt weitergekommen. Eben diese Politik der Vorleistungen war für Schumacher jedoch ein Ärgernis, wünschte er doch die Westintegration nur im Zeichen gleichberechtigter Partnerschaft unter Wahrung spezifisch nationaler Interessen.

3. Aus der anderen Prioritätensetzung und dem gesamtdeutschen Vorbehalt gegenüber allen Integrationsschritten, die eine weitere Gefährdung der Wiedervereinigung bedeuten konnten, aber ebenfalls aus konkreten Bedenken gegen über dem Konzept funktionaler Teilintegration erklärt sich auch Schumachers Ablehnung der *Montanunion*, weil er ihren Mißbrauch für französische nationale Ziele befürchtete. Daß damit das so heftig bekämpfte Ruhrstatut hinfällig und somit auch das Saarproblem entschärft wurde, wog demgegenüber weniger schwer für die SPD. Schumachers konzessionsloses "Nein" stieß nun aber bereits auf verhaltene Kritik in den eigenen Reihen, vor allem aber folgten ihm in dieser Frage die Gewerkschaften nicht mehr, so daß schließlich 1954 die SPD ihre Opposition in diesem Punkt aufgab. Bis dahin führte die unterschiedliche Beurteilung der Montanunion jedoch zu scharfen Kontroversen zwischen SPD und DGB. Für die positive Haltung der Gewerkschaftsführung - unter Mitgliedern gab es ablehnende Strömungen, doch blieben sie ohne Durchschlagskraft - waren vor allem drei Momente bestimmend:

- a) Die Montanunion wurde als erster Schritt zu einer Wirtschaftsunion gesehen, die eine positive Voraussetzung für einen großen europäischen Binnenmarkt und für optimales

| | | |
|--|-------------------------|---|
| <i>Bundeszentrale für politische Bildung</i> | <i>DeutschlandRadio</i> | <i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i> |
|--|-------------------------|---|

Wirtschaftswachstum bilden konnte. Damit rückte die konkrete Verbesserung der ökonomischen Situation der Arbeitnehmer in den Vordergrund des Interesses.

- b) Daneben war für den DGB das wirtschaftliche, aber auch nationale Ziel einer Befreiung der Schwerindustrie von den alliierten Restriktionen von Bedeutung.
- c) Schließlich sah der DGB in der Montanunion beispielhafte Formen einer überbetrieblichen Mitbestimmung angelegt und hoffte auf große Realisierungschancen für seine Forderungen nach Wirtschaftsplanung und -lenkung - Forderungen, mit denen er in der Bundesrepublik immer stärker in die Defensive geriet.

Eine anfänglich vergleichbare Konstellation von Ablehnung der Regierungspolitik durch die SPD und Zustimmung durch den DGB ergab sich in der ungleich brisanteren Frage der deutschen Wiederaufrüstung.

4. Der Ausbruch des Korea-Krieges im Juni 1950 machte die Wiederaufrüstung Krieg zum beherrschenden innenpolitischen Thema in Deutschland. Bereits seit dem Herbst 1949 hatte Adenauer in Zeitungsinterviews unter Hinweis auf die Stärke der im Aufbau befindlichen Polizei in der DDR einen deutschen Verteidigungsbeitrag im Rahmen einer europäischen Streitmacht in die Diskussion gebracht. Dahinter stand kaum eine echte Furcht vor diesem halb-militärischen Potential der DDR - 1950 wurde die Zahl der bewaffneten Volkspolizisten auf 50 bis 60 000 geschätzt -, der eigentliche Sinn war vielmehr, mit der Diskussion eines Verteidigungsbeitrags einen Hebel zur Revision des Besatzungsstatuts und zur Rückgewinnung der Gleichberechtigung Westdeutschlands im Rahmen einer westeuropäischen Allianz anzusetzen. Hierin wird man auch für die Folgezeit ein wesentliches Motiv der Adenauerschen Außen- und Wiederaufrüstungspolitik sehen müssen, so sehr auch die Bedrohung aus dem Osten dabei als zugkräftige Begründung diente. Daß diese Instrumentalisierung der Wiederaufrüstung gelang, war jedoch wesentlich den Auswirkungen des Korea-Krieges zuzuschreiben. De facto bestanden mehr Unterschiede als Parallelen zwischen dem geteilten Korea ohne Besatzungstruppen und dem geteilten Deutschland mit Besatzungstruppen. Aber die Ähnlichkeiten reichten aus, um Korea zu einem wirksamen Drohmoment zu machen. Der CDU Pressedienst sprach von Korea als "Anschauungsunterricht". Alles sei wie in einem Lehrfilm abgelaufen und könne sich in Deutschland in ähnlicher Form unter Umständen wiederholen. Lehrte der Korea-Krieg somit die deutsche Bevölkerung innenpolitisch das Gruseln und baute er Hemmschwellen gegen eine Diskussion der Wiederaufrüstung ab, so galt das vielleicht noch stärker für Westeuropa. "Der Gedanke an eine deutsche Wiederbewaffnung breitet sich aus wie ein Ölfleck", schrieb Paul Sethe in der "Frankfurter Allgemeinen". In der Tat bedeutete der Korea-Krieg für die Öffentlichkeit in Westeuropa und in den USA eine Enttabuisierung der deutschen Wiederaufrüstung. In dieser Konstellation wird wiederum bei prinzipiell ähnlicher Zielsetzung die ganz unterschiedliche außenpolitische Strategie Adenauers und Schumachers deutlich. Adenauer wurde von sich aus aktiv, um über das Angebot eines deutschen Beitrags das Besatzungsstatut aus der Welt zu schaffen. Am 29. August reichte er dem amerikanischen Hochkommissar McCloy unter Strenger Geheimhaltung ein entsprechendes Memorandum ein. Da nicht einmal das Bundeskabinett darüber informiert worden war, nahm der Innenminister Gustav Heinemann diesen Vorgang zum Anlaß, seinen Rücktritt einzureichen. Die politischen und strategischen Implikationen und Ziele der Wiederaufrüstung wurden erstmals ausführlich in der von Adenauer in Auftrag gegebenen "Himmeroder Denkschrift" dargelegt, die eine militärische Expertengruppe ausgearbeitet hatte.

| | | |
|--|-------------------------|---|
| <i>Bundeszentrale für politische Bildung</i> | <i>DeutschlandRadio</i> | <i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i> |
|--|-------------------------|---|

Auch für Schumacher und die SPD-Führung war spätestens seit dem Korea Krieg ein deutscher Militärbeitrag keineswegs tabu. Schumacher vertrat sogar ein ausgesprochen offensives Konzept, nach dem die Sowjetunion durch eine militärische Überlegenheit des Westens zum Rückzug gezwungen werden sollte. Grundsätzlich unterschied er sich aber von Adenauer darin, daß er einen deutschen Verteidigungsbeitrag nicht anbieten, sondern von den Westmächten unter bestimmten Bedingungen erbitten lassen wollte. Er ergänzte mit Konzept die sogenannte "Magnettheorie", d. h. die Vorstellung, eine sozial und wirtschaftlich vorbildlich gestaltete Bundesrepublik werde auf die DDR eine so starke Anziehungskraft ausüben, daß die Sowjetunion genötigt wäre, sie freizugeben.

Die Haltung Schumachers war jedoch nicht immer identisch mit der Gesamtpartei, so daß das Bild der SPD insgesamt militärpolitisch auch von starken pazifistischen und neutralistischen Strömungen geprägt wurde. Mit Rücksicht auf diese starken Tendenzen, aber auch aus Einsicht in die schwindenden politischen Chancen, änderte Schumacher seine Haltung Ende 1951. Die Wiedervereinigung erlangte definitiv Priorität vor einer militärischen Westintegration, und seit Herbst 1952 verfocht die SPD als Alternative zur Regierungspolitik ein "kollektives Sicherheitssystem". Es sollte die Ziele militärischer Sicherheit und Wiedervereinigung verklammern, war aber eher eine "regulative Idee" als ein realisierbares Programm, solange sich die Großmächte darauf nicht einigen konnten und die SPD kaum Einfluß auf die Außenpolitik hatte. Der SPD gelang es weder, der Bevölkerung dieses komplizierte Konzept eines kollektiven Sicherheitssystems nahezubringen, noch die Priorität der Wiedervereinigung vor der Westintegration mehrheitsfähig zu machen. Gleichwohl gab es eine breite Oppositionsbewegung gegen die Wiederaufrüstung, die in fast allen großen Parteien, in Gewerkschaften, Kirchen und Vereinen beheimatet war. Besonders in den Gewerkschaften fand sie eine starke Stütze, so daß nach der anfänglichen Zustimmung durch die DGB-Spitze und nach den enttäuschenden Erfahrungen mit dem Betriebsverfassungsgesetz seit 1952 ein deutlicher Kurswechsel in der gewerkschaftlichen Haltung zur Wiederaufrüstung feststellbar ist. Einer der profiliertesten politischen Sprecher der Oppositionsbewegung war Gustav Heinemann. In einem Memorandum über die deutsche Sicherheit vom Oktober 1950 legte er dar, daß Heinemann die Aufstellung deutscher Truppen eine schwere Belastung der sozialen Gestaltungsmöglichkeiten und der jungen deutschen Demokratie bedeuten würde. Er stellte darüber hinaus die Frage, ob eine westdeutsche Wiederaufrüstung auf die Sowjetunion nicht provozierend wirken und somit die Gefahr heraufbeschwören könne, daß Deutschland erneut zum Hauptschauplatz eines europäischen Krieges werden würde. Damit "die Chance für eine friedliche Lösung nicht verloren geht", plädierte er daher gegen einen deutschen militärischen Beitrag.

Die Gesamtbewegung war in sich sehr heterogen. Die gemeinsame Basis lässt sich am ehesten als "Ohne-mich-Haltung" charakterisieren. Nach einer EMNID-Umfrage von 1952 waren etwa drei Viertel der deutschen Bevölkerung gegen deutsche Soldaten. Die Ergebnisse der Landtagswahlen 1951 brachten für die Regierungsparteien erhebliche Verluste und die innenpolitische Basis von Adenauers Außenpolitik schien ins Wanken zu geraten. Die SPD zog zugleich alle Register der nationalen Propaganda gegen EVG- und Deutschlandvertrag und blieb damit auf der gleichen Linie, die schon die Debatte um das Petersberger Abkommen gezeigt hatte. "Wer diesem Generalvertrag zustimmt", erklärte Schumacher im Mai 1952 in einem Interview, "hört auf, ein Deutscher zu sein". Eine breite publizistische Opposition, deren herausragende Wortführer Rudolf Augstein im "Spiegel" und Paul Sethe in der FAZ" waren, warf Adenauer vor, er habe mit den Westmächten ohne Möglichkeit des "Nein" verhandelt und ihnen deutsche Divisionen wie "türkischen Honig" angeboten. Warum ließ

| | | |
|--|-------------------------|---|
| <i>Bundeszentrale für politische Bildung</i> | <i>DeutschlandRadio</i> | <i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i> |
|--|-------------------------|---|

sich dieses breite Oppositionspotential dennoch nicht in eine klare politische Entscheidung umsetzen?

Die Antwort scheint eindeutig: Die Wähler gaben letztlich der Sicherung durch Westintegration den Vorrang vor dem Risiko einer Wiedervereinigung. Eine genaue Analyse der innenpolitischen Auseinandersetzungen um die sowjetischen Noten von 1952 zeigt, daß der Gedanke einer Neutralität - als zwingende Prämisse einer ernsthaften Diskussion der sowjetischen Initiative - in der Öffentlichkeit auf nur geringe Resonanz stieß, eben weil darin ein hoher Risikofaktor steckte. Demgegenüber versprach Adenauers Politik der Stärke nicht nur Sicherheit, sondern zusätzlich auch die Wiedervereinigung als langfristiges Ergebnis dieser Politik und machte so Westintegration und Wiederaufrüstung innenpolitisch vermutlich erst konsensfähig und durchsetzbar. Zwar gab es gegenüber der starren Fixierung der Regierungspolitik auf die Westintegration und der rückwärts gewandten Orientierung der Opposition am Nationalstaat flexiblere Konzeptionen wie die des FDP-Politikers Pfleiderer, die von der Legitimität eines starken sowjetischen Sicherheitsbedürfnisses ausgingen und auf den inneren Widerspruch der geforderten gesamtdeutschen Optionsfreiheit verwiesen. Jedoch hatten solche differenzierten Überlegungen weder bei der Masse der Gegner noch der Befürworter der Wiederaufrüstung eine Chance auf Resonanz. Wenngleich die Einstellungen der Bevölkerung zur Wiederbewaffnung in den Jahren 1950 bis 1953 erheblich schwankten, gab doch die Bundestagswahl von 1953, die Adenauer fast die absolute Mehrheit brachte, eindeutige Antwort auch auf die Prioritäten in der deutschen Außenpolitik' .

Die Auseinandersetzungen um Westintegration und Wiederaufrüstung erreichten nochmals einen Höhepunkt nach dem Scheitern der EVG und im Vorfeld der Ratifizierung der Pariser Verträge von 1955. Die grundsätzliche Konstellation jedoch änderte sich wenig: Einer Regierungspolitik, die aus ihrer westeuropäischen Integrationspolitik sowohl wirtschaftliche Prosperität wie die Grundvoraussetzung einer künftigen Wiedervereinigung abzuleiten verstand, trat die SPD mit einem Konzept gegenüber, das die Priorität umkehrte, aber gleichwohl in sich nicht konsequent war, weil es die Unvereinbarkeit von sowjetischen Interessen und Wiedervereinigung auf der Basis einer gesamtdeutschen Entscheidungsfreiheit nicht ausreichend reflektierte. Ein breites Protestpotential - ein markanter Ausdruck davon war die Paulskirchenbewegung - blieb ohne organisatorische Konzentration und politische Durchsetzungskraft, so daß es den Regierungsparteien leicht fiel, ihre Gegner als gefährliche Illusionisten gegenüber einer zielstrebigen sowjetischen Strategie abzuwerten.

Im Gegensatz zur heftig umstrittenen West- und Wiedervereinigungspolitik hat es eine Ostpolitik in den fünfziger Jahren faktisch nicht gegeben. Die Potsdamer Grenzregelung gegenüber Polen wurde von den Parteien in einer politisch verzerrten, einseitig formal-juristischen Interpretation zur Basis des innenpolitischen Kampfes um Wählerstimmen von Flüchtlingen und Zwangsumsiedlern gemacht, die jeden Ansatz einer Normalisierung der Beziehungen mit Polen von vornherein verbaute. Der Potsdamer Vorbehalt, die endgültige Grenzregelung könne erst auf einer Friedenskonferenz erfolgen, diente als Vorwand eines territorialen Revisionsanspruches, der zwar durch ein prinzipielles Bekenntnis zum Gewaltverzicht abgemildert, aber damit für Polen nicht zuletzt vor dem historischen Hintergrund der Weimarer Erfahrungen keineswegs akzeptabler wurde. Daß die materielle Endgültigkeit der Grenzregelung, wie sie im Umsiedlungsartikel des Potsdamer Abkommens und in den vom Alliierten Kontrollrat im November 1945 vereinbarten Umsiedlerquoten für die Besatzungs-

| | | |
|--|-------------------------|---|
| <i>Bundeszentrale für politische Bildung</i> | <i>DeutschlandRadio</i> | <i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i> |
|--|-------------------------|---|

zonen unterstrichen wurde, einer generellen Revisionsmöglichkeit diametral widersprach, wurde in der innenpolitischen Debatte ignoriert. Seit Kriegsende waren sich alle großen Parteien - bis 1947 auch die Kommunisten - darin einig, daß es eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und damit einen Verzicht auf die früheren Ostgebiete nicht geben könne. Bereits in der ersten Bundestagsdebatte vom 20. September 1949 äußerten Adenauer und Schumacher ihre dezidierte Ablehnung der Oder-Neiße. Dementsprechend legten alle Fraktionen des Bundestages (außer der KPD) im Juni 1950 eine förmliche Rechtsverwahrung gegen das bevorstehende Grenzabkommen von Görlitz zwischen der DDR und Polen ein. Noch dezidiierter erklärte Adenauer in einem Memorandum an den amerikanischen Präsidenten Eisenhower: "Keine deutsche Regierung wird je in der Lage sein, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen".

Die Westalliierten, die seit der Stuttgarter Rede des US-Außenministers Byrnes 1946 im Zeichen des beginnenden Kalten Krieges viel dazu beigetragen hatten, das politische Terrain für eine derartige Revisionspolitik aufzulockern, versagten sich einer von Adenauer gewünschten ausdrücklichen Festlegung auf eine Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 und verwiesen dabei auf den Unterschied, den sie stets in der Behandlung der Gebiete jenseits und diesseits der Oder-Neiße gemacht hatten. Weiter gingen sie jedoch nicht. Die unverbindliche Kompromißformulierung, die dann in den Deutschland-Vertrag von 1955 einging, lehnte sich erneut an das Potsdamer Abkommen an. Die "endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands" sollte damit bis zum Friedensvertrag aufgeschoben werden.

Der breite innenpolitische Konsens in der Oder-Neiße-Frage wurde erst im Herbst 1956 im Zeichen des "Tauwetters" in Polen in Frage gestellt, als vereinzelt auch profilierte Politiker vorschlugen, die Oder-Neiße-Linie hinzunehmen und diplomatische Beziehungen zu Warschau herzustellen. Da 1957 Bundestagswahlen anstanden, wurden solche vorsichtigen Ansätze jedoch angesichts massiver Kritik durch Vertriebenenpolitiker auf dem Altar wahltaktischer Opportunität geopfert. Anders als bei der von der Bevölkerung schnell akzeptierten Westintegration bedurfte es hier erst eines langdauernden sozialen Integrationsprozesses und einer verstärkten innenpolitischen Diskussion, verbunden mit einem außenpolitischen Konstellationswandel, bis die Bundesrepublik auch formell anerkannte, daß Deutschlands Osten 1945 Polens Westen geworden war.

[Quelle: Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, Bonn 1991, S. 226-235, ohne Fußnoten]

| | | |
|--|-------------------------|---|
| <i>Bundeszentrale für politische Bildung</i> | <i>DeutschlandRadio</i> | <i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i> |
|--|-------------------------|---|